17. 1. Zum Tatbestande des § 132 StGB.
2. Zum Wesen des Volksschädling.

V. Straffenat. Urtr. v. 5. Februar 1942 g. Rr. 5 C 846/41
(5 StS 36/41).

I. Sondergericht Düsseldorf.

Auf die Nichtigkeitabeschwerde des Oberreichsanwaltes hat das Reichsgericht das Urteil des Sondergerichtes aufgehoben aus folgenden

Gründen:

Soweit das Sondergericht den Angeklagten wegen schwerer Bestechlichkeit verurteilt hat, ist das Urteil zwar rechtlich nicht zu beanstanden. Es ist aber ungerecht, weil es in diesen Fällen die Frage der Amtsanmaßung nicht geprüft und die Voraussetzungen des § 4 W.D. geg. Volksschädlinge aus Rechtsirrtum verneint hat. In dieser Beziehung ist folgendes zu bemerken.

Der Angeklagte war nur in der ersten Zeit seiner Tätigkeit befugt, Bezugsscheine selbst auszustellen und zu unterschreiben. Seit Ende Juni 1940 hatte er diese Befugnis nicht mehr. Er hat gleichwohl auch nach diesem Zeitpunkte Bezugsscheine, die er seinen Bekannten pflichtwidrig verschaffte, selbst unterschrieben. Das ist in mehreren der Fälle geschehen, die als Bestechung abgeurteilt worden sind. Da er seit Juli 1940 zum Ausstellen von Bezugsscheinen nicht mehr allgemein zuständig war, hat er durch die eigenen Unterschriften nicht nur Pflichtwidrigkeiten begangen, sondern unbefugt Amtshandlungen vorgenommen, die nur kraft eines anderen, ihm nicht zustehenden, öffentlichen Amtes vorgenommen werden durften. Dadurch wird der Tatbestand des § 132 StGB. verwirklicht (RGSt. Bd. 58 S. 173, 176, Bd. 67 S. 226). Er trifft nicht nur den Fall, daß der Beamte in den Geschäftskreis einer anderen Behörde eingreift, sondern auch den, daß er unter Überschreitung seiner sachlichen Zuständigkeit unbefugt eine Amtshandlung vornimmt, die nur ein

anderer Beamter derselben Behörde kraft seines öffentlichen Amtes vornehmen darf (RGUrt. v. 2. März 1933 3 D 107/33 = *SM*. 1933 Nr. 1277).

Den § 4 B.D. geg. Volksschädlinge hat das Sondergericht nicht angewendet. Es stellt dazu fest: Der Angeklagte habe zwar zur Begehung seiner Taten die durch den Krieg verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse ausgenutzt; die Taten seien auch durchaus verwerflich, weil sie geeignet seien, das Vertrauen des Volkes in die gerechte und unparteiische Handhabung der Bezugsscheinvorschriften zu untergraben. Es sieht aber in dem Angeklagten keinen Volksschädling. Dazu führt es aus, der Angeklagte sei grundsätzlich kein Feind der Volksgemeinschaft, und es müsse zu seinen Gunsten unterstellt werden, daß er nicht aus verbrecherischer Gesinnung, sondern nur aus Leichtsinne gehandelt habe. Hierfür spreche, so meint das Sondergericht, daß er willensschwach, haltlos, leicht beeinflusbar und nicht fähig sei, sich volle Rechenschaft über die Folgen seines Handelns zu geben.

Das Sondergericht nimmt hiernach an, zum Begriffe des Volksschädling gehöre eine grundsätzliche Feindschaft gegen die Volksgemeinschaft und ein Handeln aus verbrecherischem Triebe. Das ist ein Rechtsirrtum. Auch ohne daß im sonstigen Leben des Täters eine solche feindselige Gesinnung hervorgetreten ist, kann die Tat nach Art und Schwere so verwerflich sein, daß sie allein schon den Täter als Volksschädling kennzeichnet (RGSt. Bd. 74 S. 239, Bd. 75 S. 210). Wer in Ausübung eines öffentlichen Amtes monatelang unter Verletzung seiner Amtspflichten für seine Bekannten Bezugsscheine über Gegenstände ausstellt, nach denen die gesamte Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis hat, und sich für diese Pflichtwidrigkeiten noch bezahlen läßt, vergeht sich gerade gegen die für die Widerstandskraft im Krieg unentbehrliche, auf das Vertrauen zu einer gerechten Verteilung der Lasten aufgebaute Gemeinschaft des Volkes. Tut er das, wie festgestellt ist, in einem Umfange, der geeignet ist, das Vertrauen des Volkes zu der gerechten, unparteiischen Handhabung der Bezugsscheinvorschriften zu untergraben, so handelt er auch gerade durch die volksschädliche Wirkung seiner Verbrechen in besonderem Maße verwerflich.

Eine solche Handlungsweise kann in dem Täter auch dann das Wesen eines Volksschädling erkennen lassen, wenn er leichtsinnig

gehandelt hat. Das gilt um so mehr, wenn, wie hier, der Leichtfinn auf minderwertiger Veranlagung beruht, die den Täter willensschwach und haltlos macht. Gerade eine Schwäche der im Gemeinschaftsleben notwendigen Hemmungen, die in der Anlage des Täters begründet ist, kann die Wesensart eines Volksschädlings ausmachen, wie das für die Wesensart des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers in fester Rechtsprechung anerkannt ist.

Ungerecht ist das Urteil auch in den Fällen der Freisprechung, weil auch hier der rechtliche Gesichtspunkt des § 132 StGB. nicht ermogen worden ist. (Das wird näher ausgeführt.)